

Erklärung des Bündnisses für Selbstbestimmung bis zum Lebensende

Der neue § 217: Unverhältnismäßig – Schlecht begründet – Unnötig!

Die acht im „Bündnis für Selbstbestimmung bis zum Lebensende“ [1] vertretenen humanistischen Organisationen Deutschlands sind besorgt über die Folgen des im Dezember 2015 in Kraft getretenen Strafgesetzes zur geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung. Sie lehnen dieses Gesetz [2] nach wie vor als schlecht begründet und unverhältnismäßig strikt ab.

Suizidbeihilfe nur noch in Einzelfällen erlaubt:

Auch mit dem neuen Paragraphen 217 StGB bleibt die Selbsttötung an sich straffrei. Bislang galt im deutschen Recht der Grundsatz, wonach die Beihilfe zu einer straffreien Tat ebenfalls straffrei ist.

Diesen sinnvollen Grundsatz hat der Gesetzgeber in rechtswidriger Weise missachtet: Die Straffreiheit der Beihilfe zum Freitod gilt nur noch für Einzelfälle. So darf nun bei einem selbstbestimmten Freitod nur noch straffrei helfen, wer mit dem Sterbewilligen verwandt oder eng befreundet ist, unabhängig von seinen Qualifikationen und Gründen für eine derartige Hilfe.

Angehörige und Freunde sind auch von Strafe ausgenommen, wenn sie den Schwerstkranken zum Freitod in die Schweiz begleiten. Der teure Weg in die Schweiz, der zudem beizeiten „vor der Zeit“ - anzutreten ist, steht jedoch nur Wenigen offen. Es ist davon auszugehen, dass diese Straffreiheit nicht gilt für Gesprächsangebote durch Organisationen oder Ärzte zu Suizidgedanken oder -vorhaben, wenn diese bestärkt bzw. der Wunsch nach Hilfe zur Selbsttötung dabei gefördert wird.

Den vollen Wortlaut der Erklärung können Interessierte u.a. auf der Webseite des DFW nachlesen:

www.dfw-dachverband.de

[1] Das „Bündnis für Selbstbestimmung bis zum Lebensende“ wurde 2014 gegründet. Es besteht aus: Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern, Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V. (DFW), Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben e. V. (DGHS), Giordano-Bruno-Stiftung (gbs), Humanistische Union (HU), Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e. V. (IBKA), Koordinierungsrat säkularer Organisationen (KORSO).

[2] Im Wortlaut des Suizidbeihilfegesetz § 217 StGB heißt es: „(1) Wer in der Absicht, die Selbsttötung eines anderen zu fördern, diesem hierzu geschäftsmäßig die Gelegenheit gewährt, verschafft oder vermittelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Als Teilnehmer bleibt straffrei, wer selbst nicht geschäftsmäßig handelt und entweder Angehöriger des in Absatz 1 genannten anderen ist oder diesem nahesteht.“

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Um des Menschen willen!

Die Freireligiöse Gemeinde Mannheim sieht mit Sorge die politische Entwicklung in Deutschland und Europa. Der Erfolg einer weitgehend durch Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus geprägten Partei darf nicht unwidersprochen bleiben.

Demokratie und Weltoffenheit haben diesem Land zu Stabilität und Wohlstand verholfen. Demokratie braucht Vertrauen und Dialogbereitschaft. Die Freireligiösen in Mannheim bekräftigen ihr Vertrauen in die Kraft demokratischer Prozesse und sachlicher Auseinandersetzung, ihr Vertrauen auf die Kraft von Dialog und Achtung vor dem anderen. Für uns ist Demokratie nicht nur Staatsform, sondern eine umfassende Lebensform, die alle Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens betrifft.

In der Aufnahme von Menschen in Not sehen wir eine selbstverständliche, humanitäre Pflicht, auch wenn die damit verbundenen Aufgaben von Versorgung und Integration nur mit großen Anstrengungen bewältigt werden können. Wir unterstützen daher die vielen positiven Integrationsansätze der Stadt Mannheim und vieler sozialer Organisationen.

Als Freireligiöse Gemeinde werben wir für Vertrauen, Offenheit und Integration sowie ein streitbares Einstehen für die Werte unseres demokratischen Staatswesens. Dem Schüren von gesellschaftsfeindlichem Misstrauen und Ängsten treten wir mit entschiedener Menschlichkeit entgegen. Die Freireligiöse Gemeinde Mannheim bekräftigt ihr Einstehen für ein Klima der Menschlichkeit und des Vertrauens – um des Menschen willen!

Freireligiöse Gemeinde Mannheim

Verabschiedet von der Gemeindeversammlung am 16. März 2016

Stolpersteine für freireligiöse Opfer des Nationalsozialismus verlegt

Am 16. März 2016 verlegte der Künstler Gunter Demnig bei seiner Aktion in Ludwigshafen neben Stolpersteinen für jüdische Opfer des Nationalsozialismus auch zwei für Mitglieder der freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen.

Madgalena Haas, geb. Schreiber, geb. am 21.04.1905, wurde am 28.11.33 verhaftet und war in Schutzhaft in Frankenthal bis zum 02.02.34. Sie lebte zu diesem Zeitpunkt in Ludwigshafen, Geibelstraße 71. Sie leistete Kurierdienste für eine Widerstandsgruppe im Saarland und floh am 05.10.34 nach Saarbrücken und weiter nach Frankreich. 1937 zog sie mit ihrem Ehemann Adam Haas, ebenfalls im Widerstand, nach Schweden, wo sie bis zu ihrem Tode am 26.11.1998 lebte. Ihre Asche wurde im Grab ihres Mannes in Frankenthal beigesetzt.

Auf dem Ludwigsplatz 6 wurde ein Stolperstein für Georg Pister verlegt. Geboren am 22.8.1897 in Ludwigshafen in eine freireligiöse Familie, wurde er später Rheinschiffer. Er schloss sich der KPD und 1938 dem kommunistischen Rheinschifferverband mit Sitz in Straßburg an. Er brachte Schriften gegen den Nationalsozialismus nach Deutschland und warb für den Eintritt in den Schifferverband. Verhaftet am 6.11.1938 wurde er vor dem Volksgerichtshof in Berlin zu vier Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats und lebenslänglich wegen Landesverrats verurteilt. Nach dem Gefängnisaufenthalt wurde er am 13.11.1943 ins KZ Mauthausen gebracht. In der Außenstelle Ebensee konnte er am 6. Mai 1945 die Befreiung durch die US-Streitkräfte erleben und starb drei Wochen später am 27. Mai 1945 im Lazarett in Bad Aussee. Er wurde später auf dem Ehrenfriedhof der KZ-Gedenkstätte Ebensee beigesetzt.

Renate Bauer

Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Zur Kampagne: „Wach auf Europa!“

Übersetzung des Video-Statements von Pierre-Arnaud Perrouty
(Europäische Humanistische Föderation, EHF):

Das Ziel dieser Petition ist es, europäische Werte zu schützen. Seit 2010 und der Machtübernahme hat die ungarische Regierung unter Victor Orban beständig die europäischen Werte verletzt, indem sie Gesetze veränderte, die Verfassung veränderte, eine Reihe von Entscheidungen im Gegensatz zu den Werten der Demokratie, der Menschenrechte traf.

Dadurch veränderte Orban die Gesellschaft in Ungarn umfassend und verschob die Macht und damit die Kontrolle in der Verwaltung und hat damit praktisch den Staat für seine Zwecke beschlagnahmt. So bitten wir darum, dass wir zur europäischen Kommission sagen: Nutzt die europäischen Verträge. In diesen Verträgen, die unterschrieben sind von allen Mitgliedsstaaten, werden Mechanismen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in Europa zur Verfügung gestellt. Bis jetzt wurden diese Möglichkeiten nie genutzt. Daher bitten wir darum, der Europäischen Kommission zu sagen: Macht grundsätzlich eure Arbeit, schützt die Demokratie in Europa, schützt die europäischen Werte, achtet auf das, was in Europa geschieht, stellt sicher, dass ihr eine Untersuchung durchführt über die Situation in Ungarn, genau wie ihr es in Polen gemacht habt. Die Kommission begann eine Überprüfung von Polen im Januar 2016 und wir wollen genau das Gleiche für Ungarn haben.

Zwischentext: Vielen Dank fürs Zuhören, bitte unterzeichnet unsere Petition!

P.-A.: Humanisten haben diese Petition ins Leben gerufen, weil sie, wir, denken, dass Europa mehr als nur ein Markt ist. Europa steht für Werte, und was zur Zeit in Ungarn geschieht, läuft genau diesen Werten zuwider. Diese Petition, von Humanisten begonnen, wird von einer viel breiteren Bewegung als den Humanisten getragen, von vielen Zivilorganisationen unterstützt und von vielen Menschen, die europäische Werte schützen wollen. Wir haben Unterstützung auch in Ungarn, viele Menschen senden uns E-Mails mit dem Inhalt: Danke, endlich kümmert sich jemand um die Situation in Ungarn! Aber es ist dort auch schwierig für manche traditionelleren Zivilorganisationen. Sie sagen uns, dass sie mit uns übereinstimmen, aber uns nicht öffentlich unterstützen können, denn in Orbans Ungarn herrscht eine Atmosphäre der Angst. Seine Regierung brachte es fertig, Angst zu verbreiten. Auch das ist sehr gefährlich und schadet der Demokratie in Europa sehr.

Zwischentext: Heute in Ungarn und morgen in ganz Europa? Teilt unsere Seite mit euren Freunden!

P.-A.: Wir erhalten Unterstützung für diese Petition von Mitgliedern des Europäischen Parlamentes aus unterschiedlichen Ländern, sehr viel Unterstützung, aber weniger von der Hauptgruppe, der EPP, der Europäischen Volkspartei, denn das ist Orbans Partei und auch der Grund, warum die Untersuchung, die gegen Polen eingeleitet wurde, nicht gegen Ungarn vorbereitet wird. Denn die EPP schützt Herrn Orban, und das ist wirklich eine Schande, dass so etwas passiert. Der Schutz der Grundrechte kann nicht allein vom politischen Willen weniger abhängen. Natürlich wollen wir Union verlässt. Wir wollen nicht Druck auf die Menschen dort machen, wir wollen Druck auf die ungarische Regierung von Herrn Orban machen, denn sie bricht die europäischen Werte. Ungarn soll bei uns bleiben, aber Europa muss erkennen, dass seine Werte in Ungarn wirklich, wirklich in Gefahr sind, so wie auch heute schon in Polen und morgen vielleicht in weiteren Ländern. Wenn Europa viel Kraft, Geld und Aufmerksamkeit auf die Krise in Griechenland richten kann, ebenso auf die Krise der geflüchteten Menschen, dann muss Europa sich auch um das kümmern, was in den eigenen Mitgliedsstaaten geschieht und sich mit lauter Stimme zum Schutz der Grundrechte einbringen.

Zwischentext: Vielen Dank für eure Unterstützung. Unterzeichnet bitte unsere Petition!

Die Online-Plattform, auf der die 1.000.000 Unterzeichnungen, die nötig sind, um die Petition einzureichen, gesammelt werden, ist bis November 2016 zugänglich. Weitere Informationen:

www.act4democracy.eu | info@actfordemocracy.eu | www.facebook.com/WakeUpEuropeInitiative/
twitter.com/Act4Democracy | Video auch zu sehen auf: www.dfw-dachverband.de

Übersetzung: Renate Bauer



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

30.09. – 03.10.2016 in Klingberg/Ostsee

Seminar „Fremd und willkommen –

Von der Abschottungs- zur Willkommenskultur“

In der Flüchtlingspolitik wird viel zu wenig auf die Ursachen eingegangen, die zu Migrationsbewegungen führen. Deutschland und die EU geben Milliarden Euro für Entwicklungshilfe aus und dennoch ist keine Erhöhung des Lebensstandards z. B. in den Balkanländern erkennbar, die Migration aus diesen Ländern schmälert.

Wir tun außerdem viel zu wenig, um kriegerische Konflikte im arabischen Raum zu befrieden. Man glaubt mit Gesetzesänderungen in Richtung sicherer Herkunftsländer den Flüchtlingsstrom begrenzen zu können und wundert sich ob des Zustroms von Bürgern zu extremistischen Parteien. Wir wissen aus der Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg, dass verfehlte Machtpolitik Jahrzehnte braucht, um über eine konstruktive Ordnungspolitik zur Aussöhnung zu kommen. Von einer konsequenten Ordnungspolitik ist aber dieses Taktieren weit entfernt. Denn mit der heutigen Industriestruktur – die Landwirtschaft eingeschlossen – betreiben wir eine Globalisierung des Smogs, leben auf Kosten der Anderen und tragen nicht zu einer Willkommenskultur bei, die die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Nachbarländer im Blick hat.

Zivilgesellschaftliches Engagement in der Bewältigung der Versorgung von Flüchtlingen kann langfristig erfolgreich sein, wenn es gelingt die notwendige Zuwanderung ordnungspolitischen Zielen unterzuordnen. Ordnungspolitisch wird uns aber der Klimaschutz internationale Ziele vorgeben, die zu einem neuen Integrationskern für die EU werden können. Die Flüchtlingskrise zwingt uns, Ökologie, Ökonomie und soziales Engagement in Einklang zu bringen. – Kann die schwierige Gratwanderung zwischen Willkommens- und Abschottungskultur gestaltet werden, wenn es gelingt, den Wertekonsens im Erziehungswesen zu betonen, der auf den überkonfessionellen Menschenrechten und nicht auf Ideologien beruht?

Logis, Verpflegung und Tagungsgebühr: 155,- € pro Person im DZ | 175,- € im EZ

Tagesgäste (Sa.): 35,- € inkl. Mittagessen und Kaffee (Fr./So. nach Absprache).

Anmeldung bitte **bis spätestens 15.9.2015** z. Hd. Anja Bester oder E-Mail an: info@bildung-klingberg.de

Jugend- und Bildungsstätte Klingberg

Fahrenkampsweg 7 | 23684 Scharbeutz | Internet: www.bildung-klingberg.de

Geschichts-Workshop und Exkursion: „Jugend unter Hitler“

Der Humanistische Freidenkerbund Havelland e.V. hat für interessierte junge Leute einen zweitägigen Geschichtsworkshop zum Thema „Jugend unter Hitler“ in den Osterferien erfolgreich durchgeführt.

Am ersten Tag wurde mit verschiedenen Materialien und Filmen das historische Wissen vertieft und Fragen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in offener Weise diskutiert. Im Vordergrund standen der besondere Platz der Jugend in der Hitler-Diktatur, die psychologische Beeinflussung junger Menschen zwischen 1933 und 1945, die Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Verbrechen sowie aktuelle Tendenzen des Nationalsozialismus.

Die Exkursion am zweiten Tag führte nach Berlin zu wichtigen Erinnerungsstätten und geschichtsträchtigen Orten. Mit eigener Führung wurden die Ausstellung „Topographie des Terrors“ und die Ausstellung zum Holocaust-Mahnmal besucht. Am Mahnmal für die fast 6 Millionen ermordeten europäischen Juden wurde eine Gedenkminute eingelegt.

Dr. Volker Mueller

Humanistischer Freidenkerbund Havelland e.V.



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Werte-Seminar: Gemeinsam leben lernen?!

11.–13. November 2016 in Offenbach, Frei-religiöse Gemeinde, Schillerplatz

immer mehr Menschen verschiedenster Kulturen, Religionen und Weltanschauungen werden zukünftig in Deutschland zusammenleben. Das gemeinsame tolerante und friedliche Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, ist eine enorme Aufgabe, ist eine Chance, von der Vielfalt zu profitieren und ist eine Notwendigkeit für die äußere und innere Existenz unserer Gesellschaft.

Wir wollen und sollten dieses Zusammenleben auf mehreren Ebenen gestalten: Unter Nachbarn, in Vereinen, aber auch in der Politik, im Beruf und vor allem in den Schulen. Wir müssen die Chancen einer Vielfalt nutzen, unsere Gesellschaft humanistisch weiter zu entwickeln. Wenn uns dies gelingt, profitieren wir alle davon, auch die Wirtschaft, welche nicht nur auf Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen ist, sondern auch auf kooperatives Zusammenwirken in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Wir Alle sind dazu aufgerufen, unseren Beitrag zur Integration, zur Demokratieerziehung und zur Wertegemeinschaft auf der Basis der Menschenrechte zu leisten.

Ein wichtiger Baustein wird sein, dass sich die Menschen aller hier lebenden Kulturen, Religionen und Weltanschauungen kennen lernen und ihre Gebräuche und Traditionen verstehen lernen. Mit diesem Kennen- und Verstehen-Lernen müssen wir bereits bei den Kindern und Jugendlichen in der Schule beginnen, in der Kinder verschiedenster Kulturen, Religionen und Weltanschauungen zusammenleben lernen müssen. Angst haben wir in der Regel nur vor Unbekanntem, nicht aber vor Bekanntem. Wir fordern deshalb einen für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Werteunterricht an allen Schulen. In diesem Unterricht sollen sich die Kinder und Jugendlichen unter fachlicher Aufsicht über ihr Leben, ihre Bräuche, ihre Feiern und Feste, ihren Glauben bzw. ihre Weltanschauung angst- und vorurteilsfrei austauschen können, und miteinander leben lernen.

Mit diesem Seminar **Gemeinsam leben lernen?! verfolgen wir das Ziel, ein Konzept zu entwickeln und seine politische Umsetzbarkeit auszuloten, wie ein Werteunterricht für alle möglich ist, der ein friedliches Zusammenleben fördert. Das Seminar findet statt vom 11.–13.11.2016 in Offenbach am Main.**

Folgende Programmpunkte sind u.a. geplant:

Einführung in das Thema (Eike Möller) mit anschließender Diskussion – Impulsreferate: Fachverband Ethik (Peter Kriesel) – Werte und Normen (angefragt) – Religionsunterricht in Deutschland (Renate Bauer) – Religion für alle in Hamburg (Eike Möller) – LER in Brandenburg (Volker Mueller) – Sichtweise der Wirtschaft (Prof. Dr. Wilken Möller) – Sichtweise der Politik (angefragt) – Arbeitsgruppen zu den Impulsreferaten – Entwurf eines Konzeptes entsprechend der Arbeitsergebnisse.

Seminarort: Offenbach, Gemeindehaus der Frei-religiösen Gemeinde Offenbach, Schillerplatz 1

Übernachtung: Aariana Hotel, Bernardstr. 39, 63067 Offenbach, E-Mail: mail@aariana-hotel.com

Kosten: Teilnehmerbeitrag: 30 €

Übernachtung mit Frühstück pro Person für 2 Nächte: Im EZ: 110 €, Im DZ: 75 €

Anmeldung bitte bis zum 1. Oktober 2016 an:

Eike Möller, Ringstr, 99, Tel.:040 6781573, E-Mail: eike.moeller@arcor.de

**Eike Möller / Siegward Dittmann / Renate Bauer
 Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.**



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Brandenburger Freidenker haben neu gewählt

Der Humanistische Freidenkerbund Brandenburg e.V. (HFB) hat am 7. März 2016 den 9. Verbandstag, d.h. seine Mitgliederversammlung durchgeführt. Dabei wurden Bilanz über die bisherige Arbeit gezogen, die vor allem in den Landkreisen Havelland und Barnim geleistet wird, und weitere Aufgaben festgesteckt.

Der HFB ist eine anerkannte und gemeinnützige Weltanschauungsgemeinschaft für säkularen Humanismus, die sich dem toleranten Freien Denken und tätiger Humanität verpflichtet hat. Als parteiunabhängiger Interessenvertreter konfessionsfreier Menschen im Land Brandenburg stehen folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt:

- soziale Hilfen und Beratungs- und Betreuungsangebote sowie Lebenshilfe für sozial Schwache, Bedürftige und Flüchtlinge
- freigeistig-humanistische Jugendarbeit, offene Jugendarbeit, Jugendbildung und –freizeit, Jugendkultur
- weltliche Fest-, Feier- und Trauerkultur, vor allem Jugendfeiern, aber auch Namensfeiern und Ehefeiern
- weltanschauliche Arbeit, Bildung, Aufklärung

Generell beschäftigen wir uns in letzter Zeit mehr und mehr mit der Wahrung und Verteidigung eines friedlichen und toleranten Zusammenlebens der Menschen – gerade auch in Deutschland - angesichts fremdenfeindlicher und extremistischer Haltungen, undemokratischer Aktionen und Gewalttaten von Neonazis, der verbrecherischen Umtriebe des NSU sowie fundamentalistischer und fanatischer Tendenzen in unserer Gegenwart. Terroranschläge wie in Paris im November 2015, Brandstiftungen wie in Nauen am 25.8.2015 und andere Gewalttaten erfahren unseren scharfen und aktiven Protest. Die jährlichen Toleranzfeste in Nauen und vielfältige Aktionen im Barnim sind beredte Zeugnisse unseres großen Engagements für ein freies, tolerantes und auf den Menschenrechten basierendes Miteinander der Menschen, unabhängig von ihren unterschiedlichen Identitäten.

Die Arbeitsgruppe Humanistische Flüchtlingshilfe vor allem im Havelland existiert seit dem November 2014. Wir haben hier etwa 25 aktive Mitglieder und Interessenten, die sich ehrenamtlich für eine offene und demokratische Willkommenskultur für Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten und Asylbewerber einsetzen. Dabei geht es uns um zivilgesellschaftliches Engagement für Patenschaften, persönliche Begleitungen und kulturellen Austausch und gemeinsame Kennenlern-Aktivitäten (z.B. zum Frauentag im März 2015, regelmäßige interkulturelle Nachmittage in Friesack, Arbeitsgelegenheiten in der Tafel).

International sind wir ebenfalls aktiv. Wichtige Höhepunkte waren hier unser Humanistischer Jugendaustausch mit dem Atheist Centre in Indien in den Jahren 2013 bis 2016. Unsere Teilnahmen an der Internationalen Humanismus-Konferenz der IHEU und der IHEYO im August 2014 in Oxford und an der 9. Weltatheismuskonferenz im Januar 2016 in Vijayawada/ Indien waren sehr erfolgreich. Auch die gute Zusammenarbeit mit den polnischen Rationalisten in Wroclaw schätzen wir sehr; wir werden vom 21. – 23. Oktober d.J. dort mit ihnen und dem DFW eine internationale Konferenz durchführen.

Dr. Volker Mueller (Falkensee) wurde als Vorsitzender des HFB wiedergewählt. Weiterhin wurden in den Vorstand Katrin Jura (Mühlenberge), Marina Sult (Ketzin/H.), Karina Berg (Bernau) und Chris Greunke (Bernau) gewählt.

Humanistischer Freidenkerbund Brandenburg e.V. (HFB)



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsidentin: Renate Bauer, Otto-Dill-Str. 20, 67061 Ludwigshafen, Tel. 0621-581718

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

*E-Mail: praesidentin-dfw@t-online.de * ortrun.e.lenz@t-online.de*